

VOLUME !

Volume !

La revue des musiques populaires

0 : 0 | 2020

Silencing Science

Wenn Wissenschaftliche Zeitschriften Protestieren

Collectif des revues en lutte et Camille Noûs



Édition électronique

URL : <http://journals.openedition.org/volume/7786>

DOI : [10.4000/volume.7786](https://doi.org/10.4000/volume.7786)

ISSN : 1950-568X

Éditeur

Association Mélanie Seteun

Référence électronique

Collectif des revues en lutte et Camille Noûs, « **WENN WISSENSCHAFTLICHE ZEITSCHRIFTEN PROTESTIEREN** », *Volume !* [En ligne], 0 : 0 | 2020, mis en ligne le 25 mars 2020, consulté le 19 décembre 2020. URL : <http://journals.openedition.org/volume/7786> ; DOI : <https://doi.org/10.4000/volume.7786>

Ce document a été généré automatiquement le 19 décembre 2020.

L'auteur & les Éd. Mélanie Seteun

Wenn Wissenschaftliche Zeitschriften Protestieren

Collectif des revues en lutte et Camille Noûs

- 1 IM DEZEMBER 2019 hat die französische Regierung ein radikales Rentenreformprojekt veröffentlicht. Sie zielt insbesondere darauf ab, das Alter des Ruhestands mit voller Rente zu erhöhen und die Art und Weise der Rentenberechnung zu verändern, um langfristig Rentenbeträge zu kürzen. Die Reform hat umfangreiche soziale Mobilisierungen ausgelöst, von denen ein langer Streik in den öffentlichen Verkehrsmitteln und massive Straßendemonstrationen die sichtbarsten Ausdrucksformen waren. Die Reform betrifft vor allem Beamte, darunter Forscher und Akademiker, die ihre Pensionen erheblich gekürzt sehen.
- 2 Gleichzeitig bereitet die Regierung ein Gesetz für eine mehrjährige Forschungsprogrammierung (Loi de Programmation Pluriannuelle de la Recherche) vor, das den öffentlichen Dienst bei Hochschulbildung und Forschung erheblich verändern soll. Die Flexibilisierung der Status, die Verallgemeinerung von Konkurrenzverhältnissen unter Kollegen und die Prekarisierung des Personals stellen deutliche Linien des Projekts dar.
- 3 Universitäten und Forschungslabore mobilisieren sich gegen diese Reformen. Mehrere Dutzend geistes- und sozialwissenschaftliche Zeitschriften haben sich « im Kampf » bzw. « im Streik » erklärt. Zur Unterstützung und Beteiligung an der laufenden sozialen Bewegung protestieren ihre Redaktionen sowohl gegen das Rentenreformprojekt als auch gegen die derzeit im Umlauf befindlichen Entwürfe eines Gesetzes für eine



mehrjährige Forschungsprogrammierung (LPPR – Loi de Programmation Pluriannuelle de la Recherche). Eine solche Mobilisierung ist ohne Beispiel. In vielerlei Hinsicht kann sie als kurios erscheinen: Was bedeutet eigentlich für eine Zeitschrift « sich zu mobilisieren », « kämpfen » oder « streiken »?

- 4 Indem sie ihre eigene Tätigkeit stören oder unterbrechen und indem sie sich weigern, sich von den Vorgängen ebenso in der wissenschaftlichen Gemeinschaft wie in der sozialen Welt fernzuhalten, wollen diese Zeitschriften sowohl das hervorheben, was sie als solche ausmacht, als auch diejenigen, die sie machen. Ihre intellektuelle und redaktionelle Arbeit sowie die Produktion und der Austausch von Wissen, die sie für die Öffentlichkeit bereitstellen, sind durch die beiden aktuellen Gesetzesentwürfe bedroht, die zu der zunehmende Gefährdung des öffentlichen Dienstes beitragen werden.



Les revues en lutte devant la Sorbonne, lors de l'opération Pages blanches, le 25 février 2020.

Zum kollektiven Wissen beitragen

- 5 Die Existenz unserer Zeitschriften ist Bestandteil einer wirksamen Wissensökonomie. Es sind WissenschaftlerInnen, von denen ein erheblicher Teil Beamtet sind, die Texte bewerten, sie diskutieren, ändern oder ablehnen und schließlich Forschungen veröffentlichen, die zum kollektiven Wissen beitragen. Diese Forschungen genießen die redaktionelle Arbeit von Fachleuten, die in den Berufen der Dokumentation und Verlagswesens ausgebildet sind und verschiedene Status haben, von Beamtenstatus bis hin zu befristeten Verträgen. Schließlich sind es vor allem Universitätsbibliotheken, d.h. öffentliche Einrichtungen, die die Zeitschriften einzeln oder im Bündel über digitale Portale abonnieren. Dieses für Studierende kostenlose Online-Angebot ermöglicht die Verbreitung auch außerhalb der akademischen Welt: JournalistInnen

sowie LehrerInnen, Verbände, gewählte AmtsträgerInnen und BürgerInnen genießen somit einen erheblichen Zugang zu zuverlässigem und Aktuellem Wissen.

Öffentlicher Dienst

- 6 Auch wenn diese Wissensökonomie die Anreicherung des Wissens gewährleistet, bringt sie jedoch finanziell wenig ein. Sie stützt sich in der Tat auf eine unsichtbare Infrastruktur, nämlich die des öffentlichen Forschungsdienstes. Es ist dieser öffentliche Dienst, der ein geschultes, qualifiziertes und stabiles Redaktionssekretariat garantiert. Es ist dieser öffentliche Dienst, der Netzwerke oder Verlage für die Digitalisierung, Archivierung oder Verbreitung von Artikeln anbietet. Es ist dieser öffentliche Dienst, der die Existenz von qualitativ hochwertigen digitalen wissenschaftlichen Zeitschriften im open access völlig kostenlos ermöglicht. Schließlich ist es dieser öffentliche Dienst, der trotz der langsamen Verschlechterung der Arbeitsbedingungen der fest angestellten AkademikerInnen und der Prekarisierung der jungen ForscherInnen weiterhin die Zeit bietet, die diese benötigen, um in den HerausgeberInnengremien zu sitzen, die Themenhefte zu entwerfen, die vorgeschlagenen Artikel zu lesen, zu bewerten und zu diskutieren. Letztendlich aber werden die Einnahmen der Zeitschriften jedoch nicht an die WissenschaftlerInnen, die sie pflegen, oder an die ArbeiterInnen, die sie produzieren, ausgezahlt. Die Einnahmen werden in der Tat von den Unternehmen, die diese Zeitschriften veröffentlichen und mehr noch vertreiben, eingezogen, es sei denn, man richtet sich auf Open-Access-Systemen, die einige Zeitschriften in den letzten Jahren auf den Weg gebracht haben und die verstärkt werden müssten, um wissenschaftliche Erkenntnisse noch weiter zu verbreiten und zum Gemeingut zu werden.
- 7 Das angekündigte LPPR-Gesetz verspricht die Grundlagen dieser dreifachen – finanziellen, wissenschaftlichen und menschlichen – Ökonomie der Zeitschriften zu zerschmettern. Sie trifft hart und direkt die Forschungsmitarbeiter, die genau diejenigen sind, die Zeitschriften als Realien, als hergestellte Produkte existieren lassen (auch online, auch im virtuellen Raum, muss ein Artikel geprüft, formatiert und bearbeitet werden). Das Gesetz prekarisiert diese Mitarbeiter, indem es Festanstellungen durch so genannte « Baustellen »-Verträge ersetzt, die die Zeitschriften, als empfindliche Kollektive wie erwähnt, dazu zwingen werden, ihre Kräfte zu erschöpfen, um penible Anträge einzureichen und das Recht zu beantragen, einige Stunden des Arbeitsvertrags eines Verlagsmitarbeiters in Anspruch zu nehmen.



Dieses Gesetz beeinträchtigt junge ForscherInnen dramatisch

- 8 Durch die Förderung einer projektorientierten Forschung in Verbindung mit befristeten Forschungsverträgen, die die Einstellung von fest angestellten ForscherInnen drastisch reduziert, beeinträchtigt dieses Gesetz junge ForscherInnen auf der Suche nach Arbeitsplätzen dramatisch. Die Konzentration öffentlichen Gelder auf sehr obskure « große gesellschaftliche Herausforderungen » hin führt tendenziell zu einer malthusianischen Bewegung der wissenschaftlichen Produktion und zu einer « darwinistischen » Eliminierung – die verheerenden Worten des Präsidenten des CNRS aufgreifend – von Zeitschriften, die auf den ersten Blick nicht diesen « großen Herausforderungen » entsprechen. Damit trägt sie zur Schwächung des Pluralismus und der Unabhängigkeit der öffentlichen Forschung bei.
- 9 Ob sie sich „im Streik“ oder „im Kampf“ erklären, ob sie eine leere Ausgabe oder Texte über aktuelle und zukünftige Reformen veröffentlichen, machen diese Zeitschriften die andere Seite der Medaille sichtbar und all das, was die Produktion und Verbreitung von Wissen ermöglicht, das gleichzeitig unabhängig (insbesondere vom industriellen Geldsegen), zuverlässig (weil es von hochrangigen Wissenschaftlern diskutiert wird) und neu ist (eben dieses Wissen ist die Grundlage für zukünftige Universitätshandbücher und dann auch für Schulbücher).



- 10 Unsere Zeitschriften verdanken ihre Existenz ausschließlich dem öffentlichen Dienst der Forschung. Beides gleichzeitig bedroht zu sehen, ist es, was uns heute als ein Kollektiv von Zeitschriften im Kampf dazu bringt, den aktuellen Reformprojekten mit größter Entschiedenheit entgegenzutreten.
- 11 Liste der unterzeichnenden Zeitschriften: <https://universiteouverte.org/2020/01/20/liste-et-motions-des-revues/>
- 12 Liebe KollegInnen, Könnten Sie die folgende Tribüne der wissenschaftlichen Zeitschriften über die geplanten Reformen in Frankreich in Ihren Universitäten, Forschungseinrichtungen, wissenschaftlichen Gesellschaften und Zeitschriften weiterleiten? Sie können uns gerne von jeglichen Initiativen bzw. Unterstützungen informieren: SupportAcademicJournalsProtest@protonmail.com
- 13 Selbstverständlich sind die Angriffen gegen unsere akademischen Traditionen, Institutionen und Kräfte internationale Strömungen. Nur eine kollektive bzw. internationale Gegenbewegung kann akademische Freiheiten und gute Forschung erhalten.

RÉSUMÉS

Im Dezember 2019 hat die französische Regierung ein radikales Rentenreformprojekt veröffentlicht. Sie zielt insbesondere darauf ab, das Alter des Ruhestands mit voller Rente zu erhöhen und die Art und Weise der Rentenberechnung zu verändern, um langfristig

Rentenbeträge zu kürzen. Die Reform hat umfangreiche soziale Mobilisierungen ausgelöst, von denen ein langer Streik in den öffentlichen Verkehrsmitteln und massive Straßendemonstrationen die sichtbarsten Ausdrucksformen waren. Die Reform betrifft vor allem Beamte, darunter Forscher und Akademiker, die ihre Pensionen erheblich gekürzt sehen.

Depuis le début de l'année 2020, plus de 150 revues académiques, en grande majorité issues des sciences humaines et sociales françaises, se déclarent les unes « en lutte », les autres « en grève ». Prenant part au mouvement social en cours, leurs comités de rédaction protestent à la fois contre le projet visant les retraites, contre la réforme de l'assurance chômage adoptée à l'automne 2019 et contre les propositions contenues dans les rapports pour la loi de programmation pluriannuelle de la recherche (LPPR).

Since the beginning of 2020, over 150 academic journals, mostly French human and social sciences publications, have announced that they have “joined the struggle” or that they are “on strike.” Their editorial boards have teamed up with the ongoing social movement protesting the plans to overhaul the country's pension system, the unemployment benefits reform of November 2019 and the proposals formulated in the reports for the upcoming law for the pluriannual programming of research known as LPPR.

Desde principios de 2020, más de 150 revistas académicas francesas, de ciencias humanas y sociales en su gran mayoría, se han declarado “en lucha” o “en huelga”. Sus comités de redacción participan en el actual movimiento social, en el que se protesta en contra del plan para las pensiones, contra la reforma del seguro de desempleo adoptada en otoño de 2019, y contra las propuestas que figuran en los informes para la Ley de Programación Multianual de la Investigación (LPPR por sus siglas en francés).

AUTEURS

CAMILLE NOÛS

Laboratoire Cogitamus.

Contact.